

GLOBAL VIEW

4 | 2011

Preis:
3,- Euro

Unabhängiges Magazin

der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN)
und des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA)

Klimapolitik auf dem Prüfstand

<http://www.globalview.at>

VIENNA INTERNATIONAL
MODEL UNITED NATIONS
(VIMUN)

UNO Simulationskonferenz
250 Studierende aus 40
Nationen

Jährlich im August
<http://www.vimun.org>

DEBATTIERCLUB
(DC)

Rhetoriktrainings

Lerne sicheres
Auftreten, überzeugendes
Argumentieren und
freies Reden

Mittwoch Abend

<http://www.debattierclub.org>

INFORMELLE TREFFEN

Dienstag Abend

<http://www.afa.at>

MAGAZIN GLOBAL VIEW

Möglichkeit zur Publikation
weltpolitischer Themen

Unabhängige
Informations- und
Diskussionsplattform

<http://www.globalview.at>

RHETORIK & VERHANDLUNGSTRAININGS

EXKURSIONEN & STUDIENREISEN

VORTRÄGE

UNO- SIMULATIONEN

PUBLIKATIONEN

Hochschulliga für die Vereinten Nationen

AKADEMISCHES FORUM

SOCIAL EVENTS

FÜR AUSSENPOLITIK (AFA)

LEHRGÄNGE

BUSINESS
NEGOTIATION CLUB
(BNC)

Verbessere deine
Verhandlungsfähigkeiten auf
Englisch

Harvard Cases

Donnerstag Abend

<http://www.negotiations.at>

INTERNATIONALER CLUB

Vorträge von
hochkarätigen Referenten
aus Politik, Wirtschaft und
Gesellschaft

Mittwoch Mittag

<http://www.oegavn.org>

VIENNA MODEL UNITED
NATIONS CLUB (VMC)

Simulation des UNO-
Sicherheitsrates

Lerne die Struktur und
Regeln der UNO kennen

Exkursionen zu Konferenzen

Samstag Nachmittag

<http://www.afa.at/vmc>

Das Akademische Forum für Außenpolitik (AFA)
ist die überparteiliche Vereinigung Österreichs
für alle an internationalen Fragen interessierten
Jugendlichen, Studierenden und Jungakademiker/innen



facebook.com/afa.vienna

ECONOMY CLUB
(EC)

Gespräche mit
Persönlichkeiten aus der
Wirtschaft in kleinem
Rahmen

Freitag Abend

<http://www.afa.at>



afa.at

GLOBAL ADVANCEMENT
PROGRAMME
(GAP)

Außeruniversitärer Lehrgang

Erfahrungsaustausch zwischen
Entscheidungsträgern und
Studierenden

Montag Abend

<http://www.oegavn.org/gap>

Liebe Leserin!

Lieber Leser!



Der Klimagipfel in Durban im vergangenen November brachte leichte Fortschritte im Kampf gegen die globale Erderwärmung. Die Europäische Union konnte dabei durchaus Erfolge erzielen, auch wenn sie in Fragen der Klimapolitik ihren Führungsanspruch stets neu behaupten muss.

Chinas Volksbefreiungsarmee wurde in den letzten Jahren umfassend modernisiert. Das bevölkerungsreichste Land der Welt zielt mit seinen stetig ansteigenden Aufwendungen für militärische Zwecke auch auf eine besondere Vormachtstellung gegenüber seinen Nachbarn ab.

Die Asienkrise 1997/98 begünstigte regionale Partnerschaften in Ostasien in erheblichem Maße. Obwohl die jüngste globale Wirtschaftskrise neue Formen der Zusammenarbeit hervorgebracht hat, trug sie nur begrenzt zur Förderung von Kooperation in der Region bei.

Nachdem in der letzten Ausgabe bereits die Rolle von Social Media in Jugend-Protestbewegungen beleuchtet wurde, widmet sich

dieses Mal ein Beitrag der Frage, welchen Einfluss digitale Technologien auf den Journalismus ausüben. Dabei zeigt sich, dass auch etablierte Printmedien von neuen Entwicklungen profitieren können.

Silvio Berlusconi prägte nahezu zwei Jahrzehnte lang die politische und mediale Landschaft Italiens. Sein Nachfolger Mario Monti steht vor großen Herausforderungen, gilt es doch vor allem, das Land wieder aus der Krise zu führen.

Mit dem Thema der Responsibility to Protect (R2P) setzte sich kürzlich eine hochkarätig besetzte internationale Konferenz in Innsbruck auseinander. Die Experten beschäftigten sich dabei mit Fragen der Schutzverantwortung aus verschiedenen Perspektiven und zeigten einige besonders strittige Rechtsfragen auf.

Mit diesem breiten Themenspektrum wünschen wir Ihnen eine angenehme Lektüre!

Ihr GLOBAL VIEW - Team

Die vorliegende Printausgabe beinhaltet ausgewählte Artikel und Berichte von jungen Journalisten und Experten. Sollten Sie Interesse daran haben, einen Artikel zu publizieren, senden Sie bitte ein E-Mail an globalview@afa.at. Über Feedback auf jeglichem Wege freuen wir uns natürlich sehr!

Impressum Herausgeber: Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik – Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Büro:** A – 1010 Wien, Johannesgasse 2/2/32 | Tel.: +43 /1/ 512 85 21 | <http://www.globalview.at> | globalview@afa.at ■ **Chefredakteur:** Michael Klampfl ■ **Layout:** Thomas Böhler ■ **Lektorat:** Elke Riedl ■ **Titelbild:** Wikimedia Commons / Leaflet ■ **Nicht gekennzeichnete Bilder:** Redaktion oder Autor ■ **Druck:** Aumayer Druck & Verlag Ges.m.b.H, A – 5222 Munderfing, Gewerbegebiet Nord 3, +43 /7744/ 20080, <http://www.aumayer.co.at>

Offenlegung der Blattlinie gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz Herausgeber: Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik – Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Sitz:** A – 1010 Wien, Johannesgasse 2/2/32 ■ **Unternehmer:** unabhängiger, eingetragener Verein (ZVR: 330335717); Vorstand vertreten durch Michael F. Pfeifer (Präsident) ■ Das GLOBAL VIEW ist das unabhängige und überparteiliche Magazin der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA) und versteht sich als Informations- und Diskussionsplattform zu außen- und weltpolitischen Themen. Der Inhalt stellt die Meinung der jeweiligen Autoren dar. ■ Auch wenn im Text aus Gründen der besseren Lesbarkeit weibliche Formen nicht explizit ausgeschrieben werden, beziehen sich alle personenbezogenen Formulierungen auf weibliche wie männliche Personen.



Autoren



MMag. **MARKUS BEHAM** is project assistant as well as external lecturer at the Department of European, International and Comparative Law, Section for International Law and International Relations, at the Faculty of Law of the University of Vienna. His personal research interests include international criminal law, humanitarian law and questions related to the prohibition of the use of force.



Dr. **KATHARINA GÖTSCH** promovierte an der Universität Wien im Fach Politikwissenschaft und absolvierte Praktika bei der Österreichischen Botschaft in Washington, D.C. sowie bei der Internationalen Organisation für Migration (IOM) in Wien. Sie ist spezialisiert auf internationale Politik sowie Politische Theorie und Ideengeschichte. Katharina lebt in Wien und ist im Bereich sozialwissenschaftlicher Forschung tätig.



Mag. **KAROLINA JANUSZEWSKI** is research and teaching assistant at the Department of European, International and Comparative Law, Section for International Law and International Relations, at the Faculty of Law of the University of Vienna. Her research focuses on international human rights, humanitarian and criminal law as well as on issues related to international law governing the use of force.



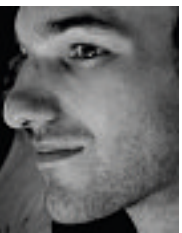
Mag. **THOMAS KEMETMÜLLER** obtained his degree in economics and is currently finishing his MA in East Asian Economy and Society at the University of Vienna. He writes his thesis about regional development and cooperation in the East Asian bond markets. Special fields: financial systems and financial regionalism in East Asia, the global financial crisis and history of economic thought.



MICHAEL MAYERHOFER, BA, studied political science at Free University in Berlin after his military service and a six-month deployment in Kosovo as part of the Austrian contingent KFOR. Since 2011, he is working on his master degree in political science at the University of Vienna. His special interests are security studies and international relations.



MAGDALENA REITBAUER studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien und schreibt derzeit an ihrer Diplomarbeit im Fach Geschichte. Neben dem Studium arbeitet sie am Institut für Geschichte und ist Consultant beim AFA. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich Klimapolitik, Politikgeschichte und Ost- und Mitteleuropa.



BENJAMIN WOLF studiert Journalismus & Medienmanagement an der FH Wien und Geschichte an der Universität Wien. Acht Jahre Musikgymnasium und ein Auslandsaufenthalt in Italien haben die Lust am Reisen und dem Kennenlernen anderer Kulturen und Sprachen besonders gefördert. Interessenschwerpunkte sind Wirtschaft, Politik, Kultur, insbesondere Literatur, Diplomatie, Recht und Gerechtigkeit.

Inhalt

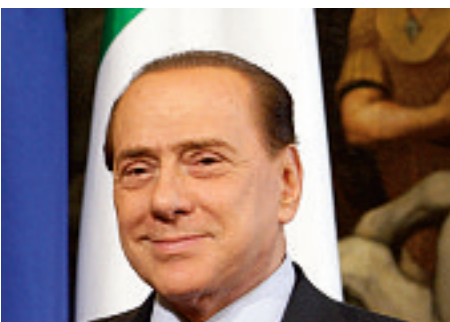


Foto: Wikimedia Commons / www.la-mondica.es

Das Ende einer Ära – Aufstieg und Fall von Silvio Berlusconi – Artikel Seite 11.

06 International

- 06 The Evolution of Chinese Military Doctrine Michael Mayerhofer
- 08 The G20 and Regionalism in East Asia Thomas Kemetmüller
- 10 Wie Social Media den Journalismus verändern Benjamin Wolf

11 EU

- 11 Aufstieg und Fall von Silvio Berlusconi Katharina Götsch
- 12 Zwischen Führungsanspruch und Realität Magdalena Reitbauer

14 Österreich

- 14 Conference: "Die Schutzverantwortung – R2P" Markus Beham, Karolina Januszewski

15 ÖGAVN/AFA

- 15 In 33 Tagen um die Welt AFA



United Nations Youth and Student Association of Austria –
Academic Forum for Foreign Affairs

www.vimun.org

VIMUN

VIENNA INTERNATIONAL MODEL UNITED NATIONS

Annually held in August

EXPERIENCE DIPLOMACY

at the
UN Office at Vienna

UN SIMULATION CONFERENCE FOR STUDENTS AND YOUNG GRADUATES

The Evolution of Chinese Military Doctrine

Reports about China's economic development always predict a similar geopolitical rise resulting in surpassing the US as a superpower someday. A look into the Chinese military doctrine should show if global power projection is an ambition of the People's Republic of China (PRC) or not.

Text Michael Mayerhofer

The year 2011 was an important one for shaping future security architecture in the Pacific region with China confirming the construction of its own aircraft carrier and the US foreign policy shifting from Iraq and Afghanistan towards what has been termed *America's Pacific Century*. The astonishing progress that has taken place in China during the last decades combined with the continuing modernisation of its armed forces is raising questions as to what the future holds.

Those questions evolve around whether the PRC will use its growing capabilities for solely defensive or offensive purposes as well and whether it is striving to use its future economic strength to project military power on a global level. In order to understand the way China's status may look like in the future, a glance at the evolution of current Chinese military doctrine may prove useful.

Last time China went to war

The last time China's People's Liberation Army (PLA) was involved in a major armed conflict was more than one generation ago and did not put

China's People's Liberation Army (PLA) has been modernised thanks to a steady rise in its budget in recent years.



Photo: Wikimedia Commons / DoD photo by Linda D. Kezaryn

its capabilities in the best light. In 1979, China invaded neighbouring Vietnam in order to quickly conquer three northern provincial capitals and withdrew immediately afterwards. What was designed as a punitive action against Vietnam to protest the removal of the genocidal, but Beijing-loyal, Khmer Rouge regime in Cambodia by Vietnamese forces turned into a major humiliation covered by a tactical, military victory. The fighting, involving heavy losses, lasted one month and revealed deeply-rooted deficiencies in Chinese military structures.

China's pre 1979 military doctrine was based exclusively on the principles of People's War stemming from revolutionary times. Mao radically emphasised the "man over weapons" principle by which masses of soldiers and armed civilians were to achieve victory instead of military technology and coordinated tactics. This strategy was focused on a Soviet attack, where Soviet forces would be lured deep into the country and then defeated by overwhelming manpower in a war of attrition.

People's War under modern conditions

The lessons learned from its 1979 campaign against Vietnam and the post-Mao abandonment of ideological dogmas enabled the first major reform of the PLA's doctrine since its founding. During the 1980s, comprehensive reforms took place combining multiple arms, reducing the overall number of troops, acquiring modern equipment and lowering the importance of political factors. At the end of the 1980s, while the Soviet military power crumbled in the hills of Afghanistan and a Soviet all-out attack on Chinese territories became less likely, Chinese military doctrine again took a turn towards winning local and limited wars on China's periphery.

Local, limited wars under high-tech conditions

The new doctrine prepared for wars with limited scope, taking place on China's borders or islands within its periphery where there are still unresolved territorial disputes between the PRC and its neighbours. The objective in these conflicts would not be to entirely eradicate the enemy but rather to assert its own standpoint with limited military action accompanied by diplomatic and political action.

After the Gulf War, Chinese military planners drew other lessons out of the swift success of Operation Desert Storm. The goal of Chinese doctrine now became on the one hand the ability to deny a possible adversary the opportunity to paralyse the PLA with high technology and on the other hand to be able to use the advantages of modern warfare itself to quickly defeat possible adversaries in limited, local wars under high-tech conditions.

The military budget was raised steadily during the 1990s and 2000s and ambitious steps towards modernisation of the People's Liberation Army have been achieved or are on their way. New emphasis was being put on the modernisation of air force and naval equipment to develop so-called anti-access capabilities. Those capabili-

ties aim to deter, delay or disrupt other powers from projecting military power in a certain area, including missile, naval and air force weaponry to target adversarial forces and installations in the Pacific area as well as cyber and space warfare to disrupt communication networks. The goal is not to completely destroy the adversary's forces, but to prevent their deployment. Obviously targeted at the United States, which is still the most potent military power in the region, this strategy drives up the costs of US military access to the region and aims at deterring it from intervening in conflicts that are perceived to be internal ones for the PRC.

Where does the PRC's territorial integrity end?

So far, the Chinese military doctrine's tone is largely defensive in nature and calls for the use of its armed forces only to secure its territorial integrity and sovereignty. Nevertheless, this already poses a big risk of escalating military conflicts as China considers its relation with Taiwan as a matter of territorial integrity and the US is guaranteeing Taiwan's security. Taiwanese separatism is deemed as a threat to territorial integrity and the Anti-Secession Law from 1995 calls for non-peaceful means to counter the Taiwanese independence movement in case of a declaration of independence.

Another source of frictions are a number of unresolved territorial conflicts on China's periphery involving its neighbours Japan, Vietnam, Taiwan, and India. Therefore, the boundary between the offensive and defensive nature of China's military doctrine is very unclear and leaves space for suspicions.

Outlook

China will continue to modernise its forces and acquire further capabilities to deter intervention from other powers from engaging in armed conflicts. The PRC is encountering a strategic encirclement with potential adversaries in all direc-

tions which prevents it from adopting an explicitly offensive military doctrine. The long-term goal will be to hold on until the balance of power is slowly changing in its favour.

Until then, China is pursuing a dual strategy where on the one hand it is already projecting power peripherally as in the Taiwan Strait and to some extent regionally, while on the other hand it is developing bilateral and multilateral security cooperation to reassure neighbouring countries of its peaceful and responsible intentions.

Power projection on a regional scale is already a reality with weapon systems targeting military facilities in the region belonging to any other powers but only to prevent them from engaging in its periphery. Therefore, Chinese military is not planning for contingencies outside of its immediate periphery as there are already enough of possible conflict scenarios in its neighbourhood. This

and the matter of its strategic encirclement make global military power projection highly unlikely for the foreseeable future as long as China has not solved its immediate territorial conflicts. <<

China is faced with a number of territorial disputes with its neighbouring countries while its military doctrine oscillates between offensive and defensive traits.



Photo: Wikimedia Commons / DoD photo

The G20 and Regionalism in East Asia

The Asian financial crisis played a pivotal role in facilitating East Asian regionalism. Whether the global financial crisis can exert the same coercive influence on the region seems doubtful.

Text Thomas Kemetmüller

Crisis often dramatically change the political landscape of a region. The Asian financial crisis of 1997/98 was such a major event within East Asia. Despite the political and economic heterogeneity within the region the crisis facilitated and institutionalised cooperation further than existing institutions did.

The Asian financial crisis...

The crisis damaged the credibility of both APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation) and ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) and instead gave rise to ASEAN plus the three countries of China, Japan and South Korea (APT).

The three major reasons that brought about the accelerating effects on East Asian regionalism were: First, the clash of western neoliberal ideology with the prevailing remains of Asian developmental state provided some sort of "common enemy" to the elites in the region. Second, the regional challenge to find a solution to the crisis coincided with the materialist interest of guaranteeing future regional economic stability. And third, East Asian policy-makers became aware of the fact that they did not have enough voice to build up a counterweight in the international arena.

...and ASEAN plus Three

After the institutionalisation of APT, even though cooperation in the region accelerated, it was mainly a child of the strong Ministries of Trade inside the region and thus remained primarily limited to trade and finance. The results are a vast amount of free-trade agreements and a regional financial safety net (the Chiang-Mai-Initiative). "Hot issues" such as human rights or the prevailing border disputes have been barely touched. Along with the fact that most joint projects are the product of a partnership of ASEAN together with one rather than three partner countries, the concrete achievements of regional cooperation in the last decade have been modest.



Photo: Wikimedia Commons / Gunkarta Gunawan Kartapranata

The member states of the Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) have developed new forms of regional cooperation in the wake of the global financial crisis.

The global financial crisis...

With the tremendous impact of the global financial crisis, which led to a global recession, the question is if this event could have had a similar effect on East Asian regionalism as the events in 1997. The perception of the crisis in Asia is completely different than in Europe or the United States: Asian countries see the origins of the crisis outside the region and being mostly transmitted through the channels of international trade inside the region. Stable domestic-induced growth has dampened the effects of the crisis on Asian countries and fuelled the awareness that the region is the world's engine of economic growth and that it will also play a more important political role in the future.

The turmoil of the global recession has hit Asian countries less severely than the crisis of 1997. But albeit this time there were only little hopes that ASEAN as the major regional forum would be able to mitigate the crisis, regional institutions were put under stress during the woes of the global financial crisis. In 2008, the Korean Won came under serious pressure when large amounts of capital that flew back into the originating countries triggered a massive sell-off of the Won. Instead of receiving help by activating the swap-agreements of the premiere regional safeguard of financial

stability, the Chiang-Mai-Initiative (CMI), for the first time since its implementation, Korea sought help from the US Federal Reserve Bank. The Fed provided Korea a swap-agreement worth 30 billion US dollars. This experience directly led to the only truly regional economic response to the global crisis by East Asia: In 2009, the CMI was multi-lateralised and its volume increased. But it remains very doubtful whether this will prove to be effective in the future.

...and its effects on regionalism

While the concrete effects of the global financial crisis on East Asian regionalism were modest, it produced the emergence of new proposals and forms of regionalism and multilateralism. In 2009, both Japan and Australia presented proposals for future regional cooperation. During the Japanese general election, the East Asian Community (EAC) was proposed that could arise out of the East Asian Summit (EAS). In addition, Australia's prime minister proposed an Asian Pacific Community (APC) in the same year. Both proposals either reflect Australia's fear of being left out in East Asian regionalism or Japan's wish to enhance its diplomatic leadership. After elections changed prime ministers in both countries, the discussion trickled away into ASEAN's regional structures.

Asia, the G20...

Recently, the academic and media focus has been put on the G20 which organised annual summits since the outbreak of the crisis in 2008. The expansion of membership has particularly affected Asian countries and produced another acronym of the six Asian countries (A6) in the G20, including Australia, China, Indonesia, India, and South Korea alongside the original member of Japan. The enlargement gave Asian countries an unprecedented voice and certainly reflects the relative shift of power towards the region. But against many hopes it does not seem in turn to facilitate regional cooperation in Asia. Instead, Asian countries are using the premiere institution of global governance to enhance their national interests or they see the G20 primarily as a way of managing diplomatic relationship with the US, their most important partner outside the region.

The approach of the A6 countries to the G20 is very diverse: While India is mostly indifferent and shows only low levels of compliance, China has changed its attitude towards G8/G20 summits with the emergence of the G20, since this had put China in a more central position. Although China still ignores some declarations it has started to se-

riously participate and use the G20 to advance its own interests. Korea showed high levels of compliance and tried its best to show leadership by hosting the 2010 summit and acting as a bridge between developed and developing countries. This also seems to be based on the anxiety to lose the seat at the G20 again. A similar fear weighs on Australia. Indonesia shows only low levels of compliance with G20 declarations, but gained confidence by being recognised for the first time independently in the international arena. Since it has traditionally been a spokesperson of ASEAN, this possible outgrowing of ASEAN could be a source of future tensions. Finally, Japan seems to have lost importance relative to the other Asian countries. It has traditionally been the Asian voice in the G8 and tried to fortify its position by avoiding the institutionalisation of the G20 at the expense of the G8. Japan also continuously highlights the still remaining importance of the G8 in order to maintain its status quo.

...and East Asian regionalism

These different national strategies show that there is no unified regional strategy towards the G20 and that Asia is not collectively advancing its

agenda. The three reasons that facilitated Asian regionalism in the aftermath of the Asian financial crisis seem to be absent in the global financial crisis, while East Asian countries fostered regional cooperation because they wanted to, but were not able to, boost their economies in 1997. The ideological foundations of the response to the global financial crisis have shifted since then. European countries and the United States provided large fiscal stimulus to their economies and East Asian governments followed suit. This shift of paradigms substantially reduced the need for a counterweight to neoliberal economic policy.

The global character of the crisis, which originated outside the region and was only transmitted through trade into Asia, also does not facilitate a regional response. Rather, Asian countries are trying to solve problems like a re-balancing of the global economy in global governance institutions like the G20. And with the G20, Asia finally did gain substantial voice in international institutions, not making it necessary to put forward a separate regional stance, especially given the diverse national interests. Consequently, while the Asian financial crisis did facilitate regionalism in East Asia, the global financial crisis did not have the same accelerating effect. <<

Within the G20, here during its 2010 Summit in Toronto (Canada), most Asian countries do not follow a unified regional strategy.



Wie Social Media den Journalismus verändern

Mit 140 Zeichen alles Wichtige zu sagen ist eine Kunst. Eine Kunst, die für Journalisten immer wichtiger wird. Dank Twitter. Die Mikroblogging-Seite ist eine unter einer Vielzahl junger, rasant wachsender Plattformen im Internet, die sowohl unsere tägliche Kommunikation als auch die Art und Weise, wie wir die Welt wahrnehmen, massiv verändern. Aber wer findet sich noch zurecht im digitalen Dschungel und was bringen uns all diese neuen Möglichkeiten überhaupt? Ein kleiner Einblick in die digitale Welt. Text Benjamin Wolf

In den USA halbierten sich im letzten Jahrzehnt die Anzeigenumsätze von Zeitungen und liegen inzwischen auf dem Niveau der 1950er Jahre. Auch die Leserzahlen befinden sich im stetigen Sturzflug. Fernseh- und Radiosender kämpfen mit sinkenden Umsätzen und reagieren mit Einsparungen bei Nachrichtenredaktionen, Korrespondenten und Journalisten. In Europa und Japan ist die Lage stabiler, aber auch da gilt es für etablierte Medien bereits als Erfolg, die momentane Position zu halten oder langsamer zu schrumpfen als die Konkurrenz. Harte Zeiten für Journalisten? Nein, interessante!

Neue Chancen für etablierte Medien

Die Homepage derstandard.at startete 1995 als erste Webpräsenz einer deutschsprachigen Zeitung. Heute ist sie die zweitbeliebteste News-Website Österreichs, weit vor allen anderen österreichischen Zeitungen, und das, obwohl *Der Standard* 2010 im Print eine Reichweite von lediglich 5,2 Prozent vorweisen konnte. Platz 1 belegt online der ORF, der – sinkenden Quoten im Fernsehgeschäft zum Trotz – im Internet mit der Plattform orf.at souverän seine Stellung als Österreichs meistgenutzte Informationsquelle behauptet.

In den USA nutzt die renommierte *New York Times* neuerdings für ihre Homepage Twitter, Flickr, Youtube und Google+. Andere bekannte Medien, wie die *Financial Times* oder das *Time Magazine*, experimentieren online mit einem Mix aus frei zugänglichen und durch eine Paywall geschützten Artikeln. Die *Huffington Post* wiederum wurde 2005 als ausschließliches Online-Medium gegründet. Ein Kernteam von Mitarbeitern sammelt Beiträge von Freiwilligen und Prominenten und ergänzt sie mit eigenen Artikeln, die online publiziert werden. Heute ist die *Huffington Post* regelmäßige Anlaufstelle für über 25 Millionen User pro Monat und nach Yahoo und CNN global die drittmeist genutzte News-Homepage!

Diese Beispiele zeigen, wie erfolgreich auch etablierte Medien die Möglichkeiten des Internets nutzen können.

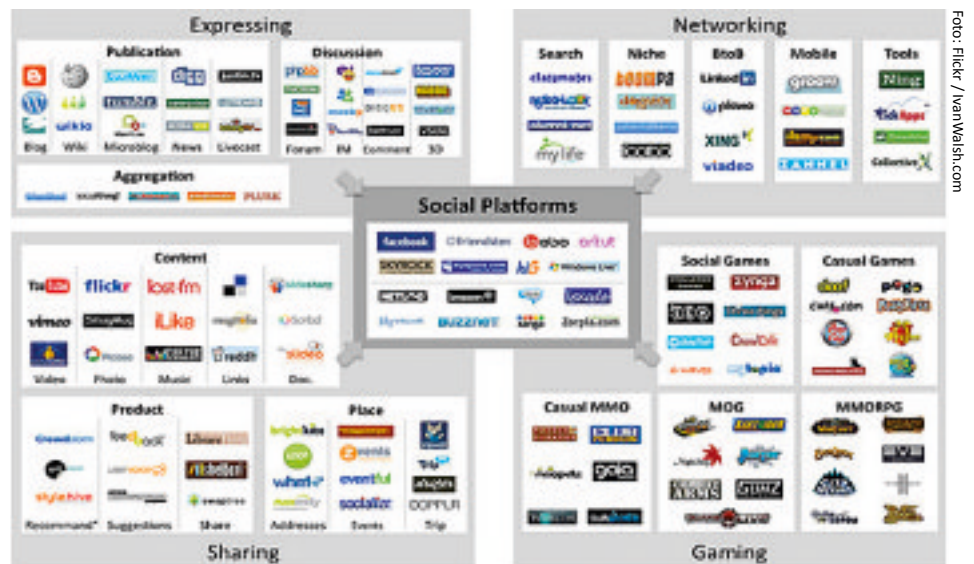


Foto: Flickr / IvanWalsh.com

Die Fülle an Social Media bietet etablierten Medien heute eine wertvolle Ergänzung zum Printgeschäft, welches in den letzten Jahren teils starke Einbußen hinnehmen musste.

Social Media

Parallel zu den Webauftritten der etablierten Medien findet noch eine zweite rasante Entwicklung statt, die das Potenzial hat, den Journalismus tiefgreifend zu verändern. Seiten wie WordPress und Tumblr bieten die Möglichkeit, eigene Blogs zu verfassen. Flickr wiederum ist ein Portal, auf dem Bilder und Fotos hochgeladen werden können und Youtube ist das bekannteste und beliebteste Video-Portal der Welt.

Den wahren Kern des neu entstehenden Webs bilden jedoch soziale Netzwerke, insbesondere Facebook und Twitter, gemeinsam mit Google(+), Suchmaschine und soziales Netzwerk. Twitter bietet durch seine Trends, markiert durch sogenannte Hashtags (#), eine extrem nahe und schnelle Berichterstattung, wie beispielsweise nach dem Tohoku-Erdbeben 2011 in Japan. Durch Twitter können soziale Bewegungen gestartet und vorangetrieben werden, beeindruckendes Beispiel waren die Proteste in Ägypten. Pro Monat werden inzwischen bereits über 140 Millionen Tweets gesendet, Tendenz weiterhin stark steigend.

Was man bei Twitter seinen „Followern zwitschert“, teilt man bei Facebook und Google+

mit seinen Freunden. Dadurch können Artikel, Videos oder Themen sich oft schneller verbreiten, als es mit konventionellen Kampagnen jemals möglich wäre. Das Web 2.0 steht erst am Anfang, aber es hat das Potenzial, unser Leben und unsere Welt tiefgreifend zu verändern. <<

Aufstieg und Fall von Silvio Berlusconi

Siebzehn Jahre lang prägte Silvio Berlusconi das politische Geschehen Italiens. Am 9. November 2011 reichte er infolge des nationalen und internationalen Drucks seinen Rücktritt ein. Porträt einer einmaligen politischen Karriere.

Text Katharina Götsch

Silvio Berlusconi begann seine steile Karriere als Unternehmer in den 1960er Jahren im Mailänder Bauwesen, stieg später ins Fernsehgeschäft ein und schuf mit Fininvest ein Imperium mit Quasi-Monopolstellung auf dem privaten Medienmarkt. Durch seine Geschäfte wurde Berlusconi zum reichsten Mann Italiens, und die dominante Medienmacht bot die beste Voraussetzung für einen glanzvollen Einstieg in die Politik. Dieser erfolgte 1993, wenige Monate vor den Parlamentswahlen, mit der Gründung der *Forza Italia*, einer rechtsorientierten Partei, die sich in erster Linie „antikommunistisch“ gebärdete.

Medienmacht und Geld

Dank der personellen und finanziellen Unterstützung aus Berlusconis Geschäftsnetzwerk wurde seine Partei 1994 fulminanter Überraschungssieger und Berlusconi Ministerpräsident. Er trat sein Amt als Erneuerer eines korrupten politischen Systems an, „mit strahlender Miene, in der Pose des Retters Italiens, der nach Jahren der ‚Filzokratie‘, der Währungskrisen und der wackeligen Regierungen – mit durchschnittlich elf Monaten Lebenszeit – die Probleme des Landes mit dem zupackenden Geist des Unternehmers lösen wollte“ (Tobias Piller, FAZ, 9.11.2011).

Berlusconi und die Justiz

Schon bald mehrten sich Gerüchte über Korruption und Ermittlungen gegen Berlusconis Konzerngruppe Fininvest. Die Reihe der Verfahren riss nicht mehr ab, doch er konnte sich stets durch neue Gesetze, parlamentarische Immunität, Verzögerung von Verfahren etc. schützen. 2008 ließ er etwa ein später als verfassungswidrig befundenes Gesetz absegnen, das ihm und anderen hohen politischen Vertretern Immunität verschaffte. Berlusconi wurde zum Sinnbild für ein politisches System, in dem eine machtvolle politische Elite zu ihren Gunsten die Justiz aushebeln und die Medienberichterstattung beherrschen kann.

Party, Party, Party

Seit 2009 geriet Berlusconi vor allem wegen immer neuer Details zu seinen Sexpartys mit Prostituierten und minderjährigen Mädchen in die Schlagzeilen. Die Berichte über Freundinnen, Scheidung, Orgien und zuletzt der Skandal um seine frühere Gespielin Ruby zerstörten den Rest an Glaubwürdigkeit, der Berlusconi und der politischen Elite noch geblieben war. Als 2010 Gianfranco Fini die Regierung verließ, blieb Berlusconi nur noch eine knappe Mehrheit im Parlament.

Das langsame Ende

Die Eurokrise stellte Italien vor eine völlig neue Problemsituation. Als die Zinsen für italienische Staatsanleihen auf über 7 Prozent stiegen, schlugen EU und IWF Alarm und forderten Sparmaßnahmen und Strukturreformen. Berlusconi wurde verantwortlich gemacht für Italiens Verlust an Glaubwürdigkeit. Zuletzt wandte sich auch sein Verbündeter Umberto Bossi gegen ihn. Nachdem er mehr als 50 Mal die Vertrauensfrage im Parlament überstanden hatte, war die Abstimmung über den Rechenschaftsbericht 2010 am 8. November 2011 mit nur knapper Mehrheit das Ende für Berlusconi. Er kündigte tags darauf seinen Rücktritt an, sobald ein mit der EU vereinbartes Reformpaket verabschiedet war. Staatspräsident Napolitano beauftragte den früheren EU-Kommissar und Ökonomen Mario Monti mit der Bildung einer Übergangsregierung, die Italien durch eine Reform- und Austeritätsperiode führen sollte. Am 16. November 2011 endete somit die Ära Berlusconi.

Demokratiedefizit?

Berlusconis Machtgefüge wurde von Kritikern als Oligarchie, Despotismus oder gar Faschismus bezeichnet. Dank immenser finanzieller Ressourcen und weit verbreiteter Korruption in Politik und Bürokratie konnte er ein Netz von Gefolgsleuten und Vertrauten aufbauen, deren Loyalität er

sich mit großzügigen Geschenken, Bestechungsgeldern und Posten sicherte. Ob mit dem Abgang Berlusconis und der Einsetzung einer nicht gewählten Regierung bis 2013 die Politikverdrossenheit der Italiener und das Problem des Demokratiedefizits der Vergangenheit angehören, bleibt allerdings fraglich. <<

Siebzehn Jahre nach seiner erstmaligen Machtübernahme in Italien trat Silvio Berlusconi im November 2011 infolge des immensen Drucks auf seine Person zurück.



Foto: Wikimedia Commons / www.la-mondcaes

Zwischen Führungsanspruch und Realität

Kopenhagen, Cancun, Durban. Die Dramaturgie der letzten Klimagipfel musste ohne großartige Finali auskommen. Mittendrin: Die Europäische Union, die trotz Rückschlägen weiterhin den klimapolitischen Musterschüler mimen will.

Text Magdalena Reitbauer

Der Klimawandel ist omnipräsent. Durch die Aufmerksamkeit in Wissenschaft, Medien und Politik entwickelt sich die „drohende Katastrophe“ zu einem die Zeit definierenden Thema. War die Beschäftigung mit der Bekämpfung des Klimawandels zunächst rein wissenschaftlicher Natur, wurde die umweltpolitische „Modeerscheinung“ der 1970er und 1980er Jahre spätestens seit dem Erdgipfel in Rio 1992 zu einem zentralen Feld internationaler Politik. Abseits der nahezu apokalyptischen Auslegung in der medialen Öffentlichkeit stehen allerdings komplexe politische Entscheidungen, die der thematischen Bandbreite und den verschiedenartigen Auswirkungen des Klimawandels Rechnung tragen müssen.

Herausforderung für die Europäische Union

Auch die Europäische Union hat in den letzten Jahren auf dieses Problem reagiert. Auf mehreren Ebenen entwickelte die EU eine Klimapolitik, die versucht, zwischen internen Politikentscheidungen und externem Mitgestaltungswillen einen sinnvollen und vor allem effektiven Ausgleich zu finden. Die Union nimmt in diesem Spannungsfeld eine Sonderstellung ein. Einerseits betreibt sie eine aktive supranationale Klimapolitik innerhalb Europas. Andererseits versucht sie, über die interne Politik auf externer internationaler Ebene eine Führungsrolle in den jährlich stattfindenden Klimaverhandlungen einzunehmen. So auch beim letzten Klimagipfel vom 28. November bis 11. Dezember 2011 im südafrikanischen Durban.

Wendepunkt Durban

Nach den als gescheitert geltenden Klimagipfeln in Kopenhagen und Cancun stellte die 17. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention (COP 17) somit praktisch die letzte Möglichkeit dar, noch vor dem Auslaufen der Kyoto-Bestimmungen 2012 ein verbindliches internationales Abkommen zu unterzeichnen. Allerdings wurde bereits im Vorfeld mit einem zeitlichen Leerlauf zwischen dem Ende des Kyoto-Protokolls



Foto: UN Photo / UNFCCC / Jan Golinski

Delegierte bei der Eröffnung der 17. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention (COP 17) in Durban (Südafrika). Der Gipfel brachte leichte Fortschritte für den Klimaschutz.

und einer möglichen zweiten Verpflichtungsperiode gerechnet. Die Ratifizierung eines solchen Vertrages kann – wie das Kyoto-Protokoll zeigte – mehrere Jahre dauern.

Vor diesem Hintergrund war es umso überraschender, dass sich die Staats- und Regierungschefs dennoch auf einen Kompromiss einigen konnten, der im Wesentlichen auf den Vorschlägen und Zielen der EU aufbaut. Von Beginn an war die Fortführung des Kyoto-Prozesses für die EU-Klimapolitik von vitalem Interesse, da sämtliche Strategien auf den Reduktionsbestimmungen des Protokolls aufbauen.

Kyoto die Zweite?

Tatsächlich erzielten die Vertragsstaaten einen Beschluss über eine zweite Kyoto-Periode ab 2013 – wenn auch mit weniger partizipierenden Ländern. Die EU stimmte der Verlängerung des Protokolls aber nur unter der Bedingung zu, dass ein neues globales Klimaschutzabkommen in den nächsten Jahren unter Dach und Fach gebracht wird. So soll die Erderwärmung auf 1,5-2 Grad Celsius beschränkt werden. Daher zeigte sich auch auf der COP 17 jenes Verhandlungsmuster, das sich spätestens seit der COP 13 in Bali etabliert hatte: Vertagungen der essentiellen Entschei-

dungen, aber niemals ohne Fortführung des UN-Prozesses. Der Abschluss eines „wider legally binding framework“ sei, so der erfolgreich kommunizierte und verhandelte Vorschlag der Union, zumindest bis zum Jahr 2015 anzustreben. Dabei sollen alle Länder und nicht nur jene, die das Kyoto-Protokoll ratifizierten, inkludiert werden. Die zentrale Rolle für die Union nahm einmal mehr Klima-Kommissarin Connie Hedegaard ein, die sich nach der Konferenz in einer Presseaussendung durchaus zufrieden zeigte: „EU’s strategy worked. When many parties after Cancun said that Durban could only implement decisions taken in Copenhagen and Cancun, the EU wanted more ambition. And got more.“

Auf dem bislang längsten Klimagipfel in der Geschichte schaffte es die EU also, die großen CO₂-Emittenten China, Indien und die USA zu einem zukünftigen Abkommen zu bewegen. Zusätzlich einigten sich die Staaten auf einen „Green Climate Fund“ für Entwicklungsländer. Dieser Fonds soll ab 2020 jährlich über 100 Mrd. Dollar verfügen, wobei die Finanzierungsquellen bislang nicht festgelegt wurden. Die nächste Weltklimakonferenz wird Ende des Jahres 2012 in Qatar stattfinden. Dort soll die zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls endlich verbindlich fixiert werden. Im Mai werden die Vertragssta-

aten Vorschläge für die jeweiligen Zielsetzungen vorlegen. Die darin enthaltenen Mechanismen gelten als richtungsweisend für weitere internationale Abkommen.

EU im luftleeren Raum

Die Union ist allerdings nach wie vor ein großer CO₂-Emittent, obwohl sich der EU-Anteil an weltweiten CO₂-Emissionen seit der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls von 27 auf 11 Prozent reduziert hat. In den letzten Jahren hat die Klimapolitik nicht nur für die Wissenschaft per se, sondern auch für die Politik als Aktivitätsraum an Bedeutung gewonnen.

Hier zeigt sich einerseits, dass multilaterale Abkommen scheinbar unumgänglich und andererseits nationale Umsetzungsstrategien immer wichtiger werden. Ohne die Rahmenbedingungen auf internationaler Ebene haben rein europäische oder nationale Aktionspläne daher kaum Erfolgchancen. Durch die veränderte geo- und klimapolitische Konstellation existiert ein gewisses Vakuum, das die EU mit der stark energiepolitischen und marktwirtschaftlichen Ausrichtung versucht zu füllen. Doch die Finanz- und Wirtschaftskrise machte den Ambitionen der EU einen Strich durch die Rechnung. Die daraus folgenden Schwierigkeiten lähmen die EU – nicht nur in Klimafragen – intern und extern bis heute.

27 Hoffnungsträger

Es besteht dennoch Hoffnung – zumindest „moralisch“. Die seitens der EU angestrebte internationale Führungsrolle kann nur dann glaubhaft vermittelt werden, wenn die internen europäischen Strategien, Programme und Maßnahmen erfolgreich implementiert werden. Damit entsteht gleichzeitig ein innerer Umsetzungszwang der ambitionierten, aber oft nur normativen Zielsetzung der EU. Klar ist jedoch, dass auf europäischer Ebene die Kräfte weitaus besser gebündelt werden können als auf nationalstaatlicher Ebene – gerade im Hinblick auf die grenzüberschreitenden Thematiken im Umweltsektor. Wenn die EU ein in-

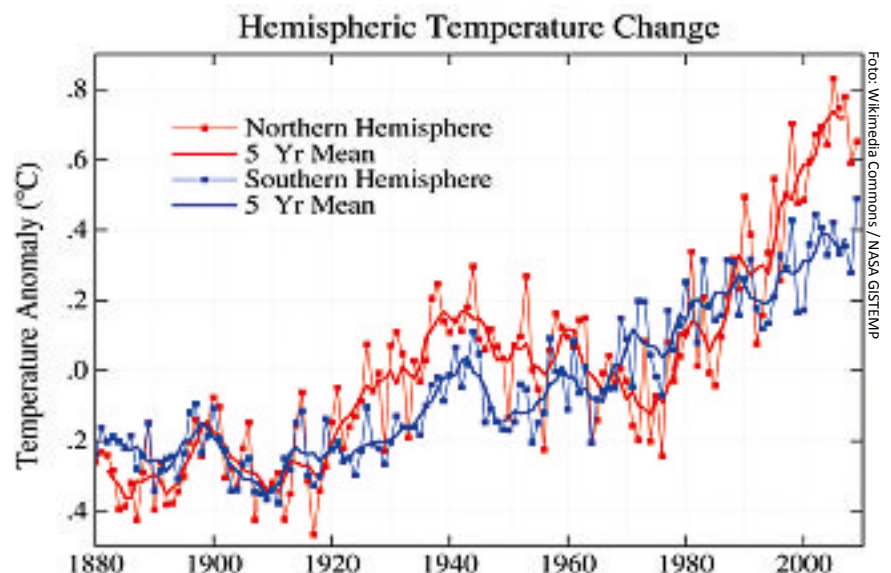
ternationales Abkommen unterzeichnet, dann unterschreibt sie quasi 27 Mal. Dieser Umstand zeigt, wie komplex und gleichzeitig problematisch eine zuvor nicht sondierte Verhandlungslage die EU als globalen Akteur erscheinen lässt. Die EU hat also eine zweifache Verantwortung – für die Wahrnehmung als „eine Stimme“ und für die Mitgliedsstaaten selbst.

Klimapolitik post Kyoto

Die Union steht nun vor der Herausforderung, ihre interne und externe Klimapolitik zu verbinden und möglicherweise sogar zu verschmelzen. Die Verhandlungen von Kopenhagen, Cancun und Durban haben dabei zumindest einen weiteren Schritt in diese Richtung machen lassen – beispielsweise, wenn die EU mögliche weitere Emissionsreduktionen als Anreiz für andere Industriestaaten anbietet. Generell ist damit die Fokussierung bei internationalen Verhandlungen weg von sektoralen und länderspezifischen Erweiterungen des Kyoto-Protokolls hin zu einer Alternative zum momentan einzigen international bindenden Abkommen gelegt worden. Gleichzeitig sieht die Union aber

auch der Tatsache entgegen, dass die Klimapolitik in anderen Weltregionen nicht den gleichen Grad an Aufmerksamkeit genießt. Auf der Klaviatur des Möglichen spielt die Klimadiplomatie vom totalen Scheitern des UN-Klima-Multilateralismus bis hin zu einem neuen regionalen oder sogar flexibleren internationalen Abkommen momentan alle Stücke. Kompromissfreudigkeit wird also auch zukünftig auf der Tagesordnung stehen. <<

Nach Vorstellung der EU soll die Erderwärmung auf 1,5-2 Grad Celsius begrenzt werden. Die Grafik zeigt die durchschnittliche Temperaturentwicklung zwischen 1880 und 2009 für Nord- und Südhalbkugel.





A Norwegian fighter jet during the NATO intervention in Libya.

Photo: NATO

Conference: "Die Schutzverantwortung – R2P"

On 16 December 2011, together with the Canadian Studies Centre, the University of Innsbruck for the second time hosted an international bilingual conference on the Responsibility to Protect (R2P).

Text Markus Beham, Karolina Januszewski

No other topic is currently so heavily discussed in public international law academia as the so-called Responsibility to Protect or, as it is more commonly referred to, R2P. Nobody would doubt that there is a responsibility of the state to protect its own population from mass atrocities. But must the international community intervene if another state fails to protect its own population?

Ten years after the report of the International Commission on Intervention and State Sovereignty in 2001, recent events in Western Africa and the so-called Arab Spring have led to a true renaissance of the concept in scholarly as well as in public discourse: Was the NATO intervention in Libya legitimate? Was the mandate of the UN Security Council exceeded? Why is the international community not able to respond to the situation in Syria?

Conferences on R2P in Innsbruck

For the second time, Innsbruck has been the stage for an international conference on R2P. In 2009, together with the Africa Focus of the Institute of Contemporary History, the Canadian Studies Centre organised a symposium on "Responsibility to Protect: A Canadian Heritage. Peacekeeping, Diplomacy, Media and Literature Responding to Humanitarian Challenges" in English and French, the proceedings of which have been recently published by the Innsbruck University Press.

Two years later, the University of Innsbruck held a further international bilingual conference – this time in English and German – under the heading "Die Schutzverantwortung – Responsibility to Protect: Ein Paradigmenwechsel in der Entwicklung des Internationalen Rechts?". It took place

under the auspices of Prof. Ursula Moser from the Department of Romance studies as well as Director of the Canadian Studies Centre and Prof. Peter Hilpold from the Department of Public International Law and International Relations.

Following the welcome address by Prof. Moser, the first panel featured an overview of the historical development of R2P by the host, Prof. Hilpold, beginning with the question of humanitarian intervention, as it was discussed in the context of the Kosovo intervention by NATO in 1999. Prof. Krista Schefer from the University of Basel then went on to draw an analogy to the concept of "common concern" as it exists predominantly related to questions of climate and cultural as well as biological diversity issues.

The second panel included two distinguished Italian scholars, namely Prof. Andrea Gattini from the University of Padua as well as Prof. Enzo Cannizzaro from the Sapienza University of Rome. Both delved into the discussion of the role of international organizations, particularly the UN, with regard to R2P. Prof. Robert Howse from the NYU School of Law proposed a somewhat unusual approach of comparatively analysing R2P from a WTO law perspective, especially the implications towards cross-border drugs and weapons trade.

Who can act, when and how?

In the afternoon session, the speakers primarily dealt with questions of whose responsibility it is to protect, when such responsibility is triggered and how the relevant actors should (re)act.

Prof. John Packer from the University of Essex, when discussing the protection of refugees and internally displaced persons, stressed that the reliance on R2P might not necessarily constitute

progress but a shift back to a pre-Westphalian system of unilateralism and just war. Hence, R2P should be a matter of global governance with clear rules concerning the competent authority, the threshold triggering the responsibility as well as further procedures. According to Prof. Fernand de Varennes from the Peking University, history has repeatedly proven that most conflicts and mass atrocities involve minorities or other vulnerable groups and that governments themselves are mostly the ones committing these horrendous crimes. Thus, R2P's potential is based on its early warning and prevention dimension. Prof. Manfred Nowak from the University of Vienna, by reference to the situation in Libya, pointed out that the added value of R2P is to be seen inter alia in its political importance of generating pressure on the UN Security Council's permanent five. However, in order to fully live up to its responsibility to protect, the international community would need to provide the UN with a standing rapid reaction task force.

Prof. Stefanie Schmahl from the University of Würzburg examined R2P from an international humanitarian and criminal law perspective. She concluded that there had been a change in the understanding of the term "international", especially since 1992, when the – by itself purely national conflict in Somalia – was considered as being of international concern, thus legitimising a response by the UN Security Council.

The conference ended with a rather sceptical outlook by Prof. Oliver Diggelmann from the University of Zurich, warning that R2P was a sentimental and conscience-driven concept and stressing its conflicting relationship with some doctrinal key elements and concurring duties. <<

In 33 Tagen um die Welt

Interessant wäre es gewesen, in 33 Tagen um die Welt zu reisen, aber sicherlich anstrengender und kostenintensiver, als die Veranstaltungen im Rahmen des „Internationalen Clubs“ der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) des Jahres 2011 besucht zu haben. Text AFA

Wien, November 2011: Die Mitglieder der ÖGAVN versammeln sich in der Stallburg der Wiener Hofburg nicht nur, um ihre alljährliche Generalversammlung durchzuführen, sondern sie blicken auch zurück auf die erste Drei-Jahres-Periode der Organisation in der heutigen Struktur. Einige von ihnen erinnern sich noch an den 18. Dezember 2009, an dem – eher unüblich für Österreich – nicht eine zusätzliche Organisation geschaffen wurde, sondern die beiden ältesten und traditionsreichsten Institutionen im außenpolitischen Bereich in Wien zur neuen ÖGAVN vereinigt wurden. Seither ist die Information der österreichischen Bevölkerung über europäische und internationale Themen sowie über Tätigkeiten der Vereinten Nationen und aktuelle Fragen der österreichischen Außenpolitik das Hauptziel der ÖGAVN.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat die ÖGAVN in den letzten drei Jahren ihr Angebot für die Mitglieder entscheidend erweitert. Neben den traditionellen Jour-Fixe-Mittagessen mit Mitgliedern der Österreichischen Bundesregierung, Veranstaltungen in Kooperation mit der Diplomatischen Akademie Wien und anderen Partnerinstitutionen sowie den traditionellen „Außenpolitischen Gesprächen“ auf Schloss Hernstein in Niederösterreich konnte ein vollkommen neues Veranstaltungsformat entwickelt werden.

Weltreise im „Internationalen Club“

Voraussetzung hierfür war die Einrichtung eines eigenen Clubraums, der dank der Unterstützung durch das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten sowie die Burghauptmannschaft Österreich in der Wiener Stallburg realisiert werden konnte.

Kurz nach der Eröffnung des Clubraums wurde im Februar 2010 der „Internationale Club“ ins Leben gerufen, der nahezu jeden Mittwoch zu Mittag rund 80 Mitglieder und Interessenten in die Räumlichkeiten in der Wiener Stallburg führt, um Vorträge von Gästen aus aller Welt zu hören. Die Themen sind hierbei breit gefächert und bringen Einblicke in Themen der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, die in dieser Form nicht so

einfach über die Medien oder das Internet abrufbar sind.

Im Jahr 2011 konnten nicht weniger als 33 Vorträge im Rahmen des „Internationalen Clubs“ organisiert werden. Eine Aufzählung der prominenten Vortragenden aus aller Welt würde den Rahmen dieses Berichts sprengen. Die Auflistung der Themen des Jahres 2011 käme einer Tour um die Welt gleich, wobei aufgrund der Aktualität naturgemäß den Staaten des „Arabischen Frühlings“ mehr „Reisetage“ gewidmet waren.

Auch Zeitreisen sind möglich

Der „Internationale Club“ versetzte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aber auch zurück in andere Zeiten: Zum Ende der Sowjetunion, zum Prager Frühling, zum Gipfeltreffen Kennedy-Chruschtschow in Wien oder in das Jahr des Abschlusses der Wiener Diplomatenrechtskonvention oder zur Unterzeichnung der Genfer Flüchtlingsrechtskonvention.

„Ein Highlight gab es nicht, da ich jedes Mal aufs Neue beeindruckt zurück an die Uni gegangen bin,“ so ein Geschichte-Student zu den Veranstaltungen im Rahmen des „Internationalen Clubs“ des Jahres 2011. „Jedoch persönlich am meisten

beeindruckt hat mich der ehemalige Richter Gabriel Bach aus Israel, der mir durch seinen Erfahrungsbericht vom Adolf-Eichmann-Prozess des Jahres 1961 den Holocaust in einer Weise geschildert hat, die für mich berührender war, als alle Dokumentationen und Filmberichte, die ich bisher gesehen hatte.“ <<

Der überparteiliche Vorstand der ÖGAVN kam im Zuge der Generalversammlung im vergangenen November in der Wiener Hofburg zusammen.



Foto: AFA

Webster UNIVERSITY

Accredited in the US and Austria

Information Evenings

16 Feb. and 29 Mar. 2012

Information & Registration:

www.webster.ac.at

Bachelor • Master • MBA



**Art/Visual Culture
Business and Management
International Relations
Media Communications
Psychology**

The American University with a Global Perspective

Webster University Vienna - Private University
Berchtoldgasse 1, 1220 Vienna, Austria
+43 1 269 92 93-0

www.webster.ac.at